

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Nationalrat
Staatspolitische Kommission
3003 Bern

Frauenfeld, 25. Februar 2020

16.438 n Pa.Iv. Angemessene Bezüge und Stopp der Lohnexzesse bei den Bundes- und bundesnahen Unternehmen

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Präsident

Mit Schreiben vom 5. November 2019 laden Sie uns ein, in erwähnter Angelegenheit Stellung zu nehmen. Inhaltlich ist die Frage der (maximalen) Entlohnung bei Bundesbetrieben oder bundesnahen Unternehmen zu entscheiden, namentlich für die sieben grössten solcher Unternehmen: die SBB AG, die RUAG Holding AG, die Skyguide AG, die SUVA, die SRG SSR, die Swisscom AG und die Post AG.

Wir begrüssen, dass der Bund sich dieser Frage annimmt – dass sie von öffentlichem Interesse ist, zeigt das gestiegene Interesse der Bevölkerung. Inhaltlich erachten wir das Anliegen als gerechtfertigt, zumal eine jährliche Gesamtentschädigung von 1 Mio. Franken den Medianlohn in der Schweiz um mehr als das Zehnfache übersteigt. Ob diese operative Frage indes in formellen Gesetzen geregelt werden sollte, kann durchaus in Frage gestellt werden, insbesondere die Swisscom betreffend, die sich nur zu 51 Prozent im Besitz der öffentlichen Hand befindet. Wir würden es als ideal erachten, wenn die entsprechenden Verwaltungsräte, die notabene vom Bundesrat gewählt werden, ihre Verantwortung auch in dieser Hinsicht wahrnehmen.

Mit freundlichen Grüssen

Der Präsident des Regierungsrates

Der Staatsschreiber-Stellvertreter